

Atommach Deutschland



**Norbert Nelte
Karsten Schmitz
Francis Byrne**

Internationale Sozialisten

Atommacht Deutschland

Artikelsammlung aus den Zeitschriften 'Klassenkampf' und 'Internationaler Sozialismus'

Von Whyl bis Wackersdorf!	Norbert Nelte	1
Atomwaffensperrvertrag:		
Ein Versuch, die Bombe zu bändigen?	Karsten Schmitz	9
Gorleben: Bürgerkriegsarmee für einen Ascheimer?	Norbert Nelte	13
Vorbereitungen für den Tag X² in Gorleben	Francis Byrne	18

Von Whyl bis Wackersdorf!

Die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung (KK 0 - Nov./Dez. 1995)

Nach dem Zusammenbruch der bipolaren Welt werden die Karten im Imperialismus-Spiel neu gegeben und das Atombombenprogramm der BRD wiederbelebt. In Gorleben und Ahaus zeigte sich der Anspruch der BRD auf eine maßgebliche Rolle in Europa und in der Welt. Der Widerstand muß sich mit der eigenen Geschichte beschäftigen, will er das Atomprogramm erfolgreich bekämpfen.

- Norbert Nelte -

Die 68er Studentenbewegung verlor Mitte der 70er Jahre zunehmend ihre Vitalität, da beteiligte sich plötzlich bei dem internationalen "Ostertreffen" 1975 gegen das geplante Atomkraftwerk in Whyl zahlreich die örtliche Bevölkerung.



Internationales Ostertreffen in Whyl 1975

Es wurde in Whyl eine Studie von Prof. Dr. E. Sternglass der Universität Pittsburgh, USA diskutiert, nach der in der Umgebung des Forschungsreaktors in Illinois 1965 die Säuglingssterblichkeit um 300% und die Todesfälle durch Mißgeburten um 600% anstieg. Als 1968 der Reaktor geschlossen wurde, sanken sie auf 6,6%. Der ehemalige Direktor der amerikanischen Atomenergiebehörde sagte im Dezember 1974 vor dem Atomic Industrial Forum, »daß die amerikanische Öffentlichkeit große Unfälle an Kernkraftwerken akzeptieren müsse, da sie sich nicht vermeiden ließen.«¹

»Der Versuch einer Absperrung des KKW-Bauplatzes durch die Polizei war das Startsignal für eine monatelange Besetzung des Platzes durch die AKW-Gegner. Immerhin konnte dadurch die Zusage erreicht werden, daß mit dem Bau dort nicht eher begonnen wird, als eine Entscheidung in den rechtlichen Verfahren vorliegt.«²

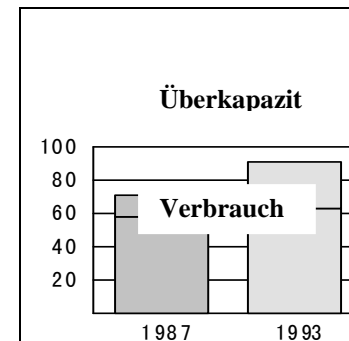
Der relative Erfolg der Bauplatzbesetzer war der Auftakt für weitere, militante Bauplatzbesetzungen und militante Demonstrationen.

Die "Linke" sah nach ihrem Niedergang den Widerstand einer Basis erstarken und damit neue Möglichkeiten, den Kampf gegen Kapital und Imperialismus nach dem Vietnam-Krieg weiter voranzutreiben.

Das Atomprogramm

Nach dem verlorenen Krieg wurde von den Alliierten der deutschen Bourgeoisie untersagt, Atombombenrüstung und jede Atomforschung zu betreiben. Mit diesem "2. Versailles", wie Franz-Josef Strauß diese Verpflichtung bezeichnete, konnte die BRD keine eigenständige imperialistische Politik durchführen: *Bei der "atomaren Komponente" der Bundeswehr gehe es »um die Basis, von der aus die Bundesrepublik überhaupt nur Politik machen kann«*, erklärte der CDU-Abgeordnete Baron von Wrangel.³

Die BRD mußte also ein Atomprogramm entwickeln, daß noch keine Atombombe besaß, aber den Bau in kürzester Zeit möglich machte. Es wurde 1956 die Atomkommission unter dem Vorsitz des Chef-Reaktionärs Strauß und der Mitgliedschaft von Siemens, Höchst, Bayer, Demag und Krupp, Gutehoffnungshütte, Mannesmann, Metallgesellschaft, Deutsche Bank, der Allianz-Versicherung usw. gegründet. Ziel dieses Kreises und des Atomforums war es, die letzten Teile des Kapitals und die Öffentlichkeit von den Atomplänen zu überzeugen.



Die von AKW's produzierten Menge ist größer als der gesamte Energieverbrauch der BRD. Bei der "atomaren Komponente" der Bundeswehr gehe es **»um die Basis, von der aus die Bundesrepublik überhaupt nur Politik machen kann.«** CDU-Abgeordneter von Wrangel
Die Kosten des AKW-Stroms sind bei der Berücksichtigung von Subventionen und Folgekosten wie die Entsorgung höher als jede andere Stromproduktion. Viele AKW' stehen oft still. Sie verbrauchen mehr, als daß sie produzieren. **Strom ist nur die Abwärme der Atombombenproduktion!**

¹ Holger Stroh: "Kernenergie, Sicher? Sauber? Wirtschaftlich? Unerschöpflich?", Hamburg 1976

² KB: "Warum kämpfen wir gegen Atomkraftwerke?", Hamburg 1977, Seite 4

³ 'Bonner Kernwaffenkartell' nach SAG: "Um jeden Preis", S. 29

Es gab absolut keinen Energieengpaß. Mit der Behauptung eines Engpasses aber führte die "Atom-Mafia" eine Propaganda gegen die Atomgegner. Der Teil der AKW-Gegner, der "seriös" in der Öffentlichkeit auftreten wollte, fiel auf diese Lüge rein und nahm diese mit als Grundlage für ihren Verrat. Wir wissen auch heute, daß 1993/4 von 90.600 Megawatt in der BRD nur 62.300 verbraucht wurden, die Überkapazität also größer ist als die Produktion der Atomkraftwerke.

Es wird noch das Argument der Atombetreiber nachgeschoben, daß wir mit dem Uran und der Wiederaufarbeitung "unabhängig" wären. Super. Dazu muß erstens betont werden, daß die aufgearbeiteten Brennstäbe viel teurer sind als Natur-Uran, und die Qualität viel minderwertiger ist. 2. Eine "Unabhängigkeit" wird doch nur dann notwendig, wenn man Böses im Schilde führt, sprich, die Bombe bauen will. Wenn es wirklich nur um Strom ginge, würden die Lieferstaaten nicht geschlossen die Lieferung einstellen. 3. Die minderwertigen aufgearbeiteten MOX-Brennstäbe würden auch nicht lange eine mögliche Energielücke schließen können, und warum sollte Deutschland bei Uran (5 Liefer-Länder) "unabhängiger" sein als bei Erdöl (30 Liefer-Länder)?

Das Atomprogramm der deutschen Bourgeoisie ist nichts anderes als ein Atombombenprogramm. Deutschland mußte trotz verlorenem 2. Weltkrieg zu einer selbständigen imperialistischen Atommacht entwickelt werden.

Angesichts dieser Aufgabe ist es illusorisch, zu glauben, man könnte mit immer mehr Menschen nur auf außerbetrieblichen Demonstrationen die Pläne stoppen. Die grundsätzlichen Pläne einer imperialistischen Macht kann nur in ihrem Kern gestoppt werden, dort, wo ihr Mehrwert produziert wird, und das ist an den Werkbänken.

Bei der Gründung der Bundeswehr und den ersten Atomüberlegungen befürworteten in den 50er Jahren 52% der gesamten erwachsenen Bevölkerung in Westdeutschland Streikmaßnahmen zur Verhinderung der Atomrüstung der Bundeswehr. An einzelnen Kundgebungen beteiligten sich bis zu 150.000 Atomwaffengegner und zahlreiche Streiks fanden statt. Eine von der ÖTV 1958 durchgeführte Urabstimmung ergab bei 87,5% Abstimmungsbeteiligung 96% der Stimmen für einen Streik gegen die Atombewaffnung. Somit konnten die Atompläne der Bundesregierung nicht mehr offen durchgesetzt werden.

Das war ein Beweis dafür, daß die



Maidemonstration 1964

Arbeiterklasse massiv auftreten muß, bevor die BRD ihre Pläne aufgeben wird. Daher ist die Einbeziehung der Arbeiter für den letztendlichen Erfolg unverzichtbar. Die militanten Demonstrationen waren wichtig, damit sie als eine Initialzündung für die Arbeiterkämpfe dienen konnten, für den Fall, wenn die reformistische Führung keine Antworten für die Arbeiterprobleme mehr haben wird. Eine unabhängig von der reformistischen Gewerkschaftsführung emanzipierte kämpfende Arbeiterklasse wird sich auch der Gefährlichkeit und des imperialistischen Zwecks dieser "Teufelstechnik" bewußt werden (wie 1983 im Bergarbeiterstreik in England) und es zu beenden wissen.

Die militanten klassenübergreifenden Demonstrationen selber waren ein Mittel, um ein Atomwerk wie in Whyl zu stoppen, sie waren aber nicht das Mittel, um das gesamte Atomprogramm zu beenden. Die BRD mußte bei der zweiten Atomaufrüstung die Ziele verstecken, damit die Arbeitermassen sie nicht bemerkten und dagegen protestierten. Wie sollten sie auch das wirkliche Ziel der Atombombenproduktion bemerken, wenn selbst die kleinbürgerliche linke Führung das Atomprogramm nicht als ein Atombombenprogramm entlarvte?

Kleinbürgerliche Führung oder "Klassenkampforientierung"

Die bürgerliche Führung der Bewegung glaubte, daß alleine durch die Militanz, die Radikalisierung der außerbetrieblichen Anti-AKW-Bewegung die demonstrierenden Massen den Staat in die Knie zwingen könnten. Die meisten an der Arbeiterklasse orientierten Gruppen meinten, daß allein durch die Militanz die Massen aus dem kleinbürgerlichen Milieu zum Klassenstandpunkt finden könnten. Beides sind aber kleinbürgerliche, illusorische Vorstellungen.

1966 radikalisierte sich die Studentenbewegung in den Protesten gegen den Vietnam-Krieg, gegen die autoritäre Universität, gegen den Schah von Persien und die Lügen der BILD-Zeitung. Nach Jahren von angepaßtem Verhalten in der wirtschaftlichen Prosperitätsphase entwickelte sich eine lebendige Gegenkultur.

Es entstanden trotz Militanz aber keine kommunistischen Gruppen. Die Studenten orientierten sich an der "Frankfurter Schule", nach der sie und nicht die Arbeiter das revolutionäre Subjekt bilden würden. Erst das massive Auftreten der Arbeiter selber in dem Generalstreik von 10 Millionen Kollegen im Mai 1968 in Frankreich brachte die "kleinbürgerlichen" Studenten dazu, sich an der Arbeiterklasse zu orientieren. Klassenkampforientierung entsteht also nicht durch Militanz einer außerbetrieblichen Bewegung, sondern dadurch, daß die Arbeiter emanzipiert, unabhängig von der reformistischen Führung konsequent ihre Sache in die eigene Hand nehmen.

Aber auch die "marxistische" 68er-Bewegung kam nur im kleinbürgerlichen studentischen Gewande daher, dem Moskau- oder Peking-Stalinismus. Mit dieser falschen Orientierung konnten die Studenten trotz 10tausendfacher Mitgliedschaft natürlich die Kämpfe der Arbeiter nicht voran bringen und keine Verankerung in der Arbeiterklasse erreichen. Als 1975 nach dem Ende des Vietnam-Krieges und nach der verlorenen Revolution in Portugal nur noch ein harter Kern der "Arbeiterorientierten" übrig blieb, sah man in der aufkommenden Anti-AKW-Bewegung eine neue Möglichkeit, die Tradition der radikalen Arbeiterorientierten Studentenbewegung aufrecht zu erhalten.

So wurden auch die amerikanischen Studien von studentischen Gruppen wie der KPD in Whyl lanciert. In der Tat führte die Radikalisierung der Massen zu einem nachahmbaren Beispiel für weitere breite Demonstrationen. Nach einer versuchten Bauplatzbesetzung im Oktober 1976 in Brokdorf kamen im Frühjahr 1977 30.000

Atomgegner - trotz einer von Atomkreisen initiierten Spalterdemo in Itzehoe mit ca. 10.000, zu der auch Reformisten, Zentristen und Abwartler wie die GIM-Trotzkisten aufriefen.



Brokdorf - der Auftakt für die militante Bewegung

Es war ein großartiger Erfolg, daß trotz Gegenmobilisierung der Opportunisten, einer massiven Kriminalisierungskampagne und den Spaltungsversuchen in "Chaoten" und "Demokraten", die große Masse nach Brokdorf kam und den größten Teil der Itzehoer Demo dann auch noch nach Brokdorf zog. Eine Niederlage aber war, daß »die Brokdorfer Demonstrationsleitung die Taktik der Polizeiführung, der Demo ein Stück Weg in die Marsch [Brokdorfer Landschaft] freigab, als Erfolg wertete, der durch eine Konfrontation mit der Polizei nicht gefährdet werden dürfe«.⁴

In Grohnde kam es zu einer Bauplatzbesetzung und einer Demonstration von 15.000 Gegnern. In Malville in Frankreich demonstrierten 1977 mit starker deutscher Beteiligung 80.000 und es kam zu harten Auseinandersetzungen, wobei ein Demonstrant von den Offensivgranaten der französischen Polizei zerrissen wurde. An allen AKW-Bauplätzen von Biblis bis Ohu fanden größere und kleinere Demonstrationen, Veranstaltungen, Ostermärsche und andere Aktionen statt. Im September folgte die Demonstration in Kalkar gegen den im Bau befindlichen "Schnellen Brüter" mit 70.000 Demonstranten, und das, obwohl jedesmal schon 20, 30 km vor dem Demonstrationsort die Busse kontrolliert und die anreisenden Atomgegner wie Kriminelle untersucht wurden. Die örtlichen Bürgermeister von Brokdorf und Malville forderten die Bewohner

⁴ SAG, Klassenkampf 2: "Aussichten der Anti-AKW-Bewegung nach Brokdorf und Grohnde", 1977, S.

auf, ihre Kinder zu Verwandten außerhalb zu bringen und die Läden zu schließen und zu vernageln. Den Höhepunkt bildete im Oktober 1979 die zentrale Demonstration in Bonn mit 150.000.

Bei den Bauplatzbesetzungen wurde eine Menge von 80.000 einfach zu Kriminellen erklärt, die nur im Sinn hätten, den Staat zu stürzen. Der Staat fürchtete sich vor der Solidarisierung dieser Massen mit den Kommunisten. Im Gegensatz aber noch zu der Studentenbewegung bis 1974/5 radikalisierten sich die Massen zwar, sie lehnten aber durchgängig eine Orientierung an der Arbeiterklasse ab. Auch wenn man als Kommunist eine führende organisatorische Stellung in der Bewegung innehatte, wollte diese von den inhaltlichen langfristigen Zielen der Marxisten, auch von uns authentischen, nach denen das Atomprogramm nur im Sozialismus gestoppt werden kann, nichts wissen.

Im Dezember 1977 wurde ein "Aktionskreis Leben" gegründet. Dies war ein Versuch der linksradikalen klassenkampforientierten Atomgegner, innerhalb der DGB-Gewerkschaften gegen das Atomprogramm zu mobilisieren. Obwohl manche Veranstaltungen von mehreren Hundert Kollegen besucht wurden, blieb der Versuch auf den Kern der beteiligten Partei-Organisationen (GIM, KPD, SB, SAG, Spartacusbund etc.) weitestgehend beschränkt. Erstens gab es leider in dieser kurzen Zeit keine Arbeiterkämpfe zu betrieblichen Fragen, bei denen die Kollegen sich hätten solidarisieren können und zweitens, was viel bedeutsamer ist, bot die Mehrheit der theoretischen Führung der radikalen Kommunisten in der Anti-Atom-Bewegung - ob Peking, Moskau oder ein bißchen Moskau - nur ein Horrorkabinett als Alternative zum Kapitalismus an. Den Arbeitermassen konnte nur übrig bleiben, sich auf die andere Seite zu legen und weiter zu schlafen. Da hatten sie total recht, dieser Führung nicht zu folgen und stattdessen von ihr zu erwarten, ihre Hausaufgaben noch einmal zu machen.

Von uns Kommunisten wurde, trotz der reformistischen oder "revolutionären" idealistischen Sichtweise, der Anti-AKW-Bewegungsführung die Bewegung selber als eine wichtige fortschrittliche Sache gesehen, da sie mit ihrer Radikalität die Möglichkeit bot, die Arbeiter in ihrem Kampf für mehr Lohn und gegen Arbeitsplatzverlust, zu einem radikalen, emanzipierten, unabhängig von der reformistischen Gewerkschaftsführung geführten Kampf, zu inspirieren.

Der Bau der Atombombe ist nur möglich, wenn die abgebrannten Brennstäbe auch wiederaufbereitet werden. Die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf war also für die deutsche Atombombe unverzichtbar. Es kam aber zu einer immer größeren Verflechtung des europäischen Kapitals, so daß eine rein deutsche Bombe immer weniger notwendig wurde. Mit dem Schengener Vertrag wurde die europäische Verschmelzung besiegelt und die europäische Fusion erhielt eine feste Grundlage. Eine Woche später bekam Deutschland die Zusage, 50% der Wiederaufbereitungsanlage in La Hague nutzen zu können. Das ebenfalls hart umkämpfte Wackersdorf wurde für die Atombombe überflüssig und der Bau 1986 eingestellt. Das Ende von Wackersdorf war nicht einem radikalen Kampf geschuldet, wie wir sehen werden, sondern weil es für die deutsche Bourgeoisie überflüssig wurde.

Der Verrat der Grünen

Schon 1980 schlossen sich die rechten Teile der Anti-Atom-Führung der Argumentation der Atombetreiber an, daß es eine Energielücke gäbe. Um den Kampf gegen Atomkraftwerke zu rechtfertigen, rückte die Forderung in den Vordergrund, daß jeder Energie sparen müsse. Die kleinen Leute könnten nicht ernsthaft Forderungen an die Großindustrie nach einer Umkehr stellen, wenn sie selber keine Energie sparen würden. Es wurden in der Folge Blockadeaktionen des Autoverkehrs durchgeführt,

besonders dann, wenn die Arbeiter von der Arbeit kamen und ihren notwendigen Feierabend ersehnten.

Gleichzeitig entwickelte sich die Konstituierung der Grünen. Sie wollten den radikalen Kampf in die Parlamente umlenken. Sie sahen sich als Zünglein an der Waage, die als Juniorpartner der SPD im Parlament das Atomprogramm stoppen könne. Mit dieser Taktik schielten sie nur noch nach Wählerstimmen, der sie alles andere unterordneten. 1986 dann wendeten die bayerischen Grünen sich gegen die geplante Demonstration in Wackersdorf, weil die Militanz ihre Wähler im kommenden Wahlkampf erschrecken konnte. Mit dem grünen Anti-Wackersdorf-Aufruf war auch das Ende der Antiatombewegung eingeläutet.

Die europäische Atombombe und die Wiederbelebung des Atomprogramms

Die Bourgeoisie ging daran, das deutsche Atomprogramm in ein europäisches umzustellen. Schon in den 50er Jahren gab es ein Geheimabkommen zwischen dem damaligen Atomminister Strauß und Frankreich für eine atomare Zusammenarbeit.

Im Spiegel erklärte Strauß 1967 unmißverständlich: *»Ich habe nie einen Zweifel daran gelassen, daß ich es als langfristiges Ziel für begrüßenswert hielte, zu einer europäischen Atomstreitmacht zu kommen.«*⁵

1995 planten Frankreich und Deutschland einen gemeinsamen Druckwasserreaktor. Der französische Präsident Chirac sprach in Beziehung zu Mururoa von der europäischen Atombombe. Von der Bundesregierung wird ein Forschungsreaktor für hochangereichertes Uran, also dem Bombenstoff, in Garching gebaut. Er wird der einzige Bombenforschungsreaktor der Welt sein, so, daß sich sogar die Atommacht China genötigt fühlte, dagegen zu protestieren.

Nach dem Zusammenbruch der bipolaren Welt Washington - Moskau werden die Karten in der imperialistischen Welt neu gegeben. Europa will eine größere Rolle spielen und Deutschland mehr Bausteine in dem europäischen Atomprogramm übernehmen. Dem dient die Wiederbelebung des Atomprogramms. La Hague fordert die damals vereinbarte Rücknahme der wiederaufgearbeiteten Brennstäbe, Grundremmingen wird renoviert, ein deutsch-französischer Druckwasserreaktor, ein Forschungsreaktor für den Atombombenstoff und ein 10 mal größeres Zwischenlager als Gorleben in Greifswald werden gebaut.

Die Lieferung des 1. Castor-Behälters hatte auch die Anti-Atom-Bewegung wiederbelebt und die Regierung 5 Millionen Mark gekostet. Der 2. Castor ist im November geplant und Hunderte weitere von La Hague.

Wir wollen der Bundesregierung aber verraten, daß im Gegensatz zum Ende der 70er Jahre heute eine radikale Anti-Atom-Bewegung auf eine Arbeiterklasse trifft, der die sozialdemokratische Führung in der jetzigen Krise keine Antworten mehr geben kann. Auch wenn wir jetzt einen kleinen Aufschwung in der großen Krise haben, er ist zu schwach, um auch nur minimal die Arbeitslosigkeit abzubauen oder das Reallohniveau der Beschäftigten zu erhöhen. Es werden 100 oder 1.000 mal 5 Millionen und ein Heer von Polizeiknechten, die sich unwidersprochen verseuchen lassen wollen, nötig sein, um das Atomprogramm durchzusetzen. Gleichzeitig eröffnet sich die Chance, daß eine Arbeiterklasse im Niedergang des Kapitalismus, wie in den 50er Jahren, sich in ihrem

⁵ 'Der Spiegel', 1/2 1967

Kampf für die Arbeiterrechte bewußt werden kann, sich dann auf die Seite der Atomgegner begibt und dem kapitalistischen Staat die Machtfrage stellen wird.

Castor Alarm

Tag



Wir stellen uns quer!

Atomwaffensperrvertrag: Ein Versuch, die Bombe zu bändigen?

- **Karsten Schmitz** - (Internationaler Sozialismus 5 - Mai/Juni 1995)

»Die sicherste und schnellste Art, mit der Bedrohung durch Atomwaffen umzugehen, ist, sie abzuschaffen.« Mit diesen Worten eröffnete der UNO-Generalsekretär Butros Ghali die Konferenz zur Verlängerung des Atomwaffensperrvertrages in New York. Und sogar der außenpolitische Vertreter der BRD - dem Staat, zu dessen Exportschlagern auch die Technologie zur Herstellung von Atombomben gehört -, Klaus Kinkel, meinte: »Nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation ist der Atomwaffensperrvertrag unentbehrlicher denn je.«

1969 hatten zahlreiche Staaten den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet. Darin versprachen die Nicht-Atommächte, sich nicht um Atombomben zu bemühen und die damaligen Atommächte Frankreich, Großbritannien, die UdSSR und die USA, nukleare Waffentechnik nicht an andere Staaten weiterzugeben. Selbst in der Formulierung der Bilanz, die die Imperialisten ziehen, sieht man an den rhetorischen Drehungen und Wendungen, was für ein Windei dieser Vertrag war: »Der Vertrag zur Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen (NPT) hat wesentlich dazu beigetragen, daß sich seit seinem Abschluß vor 25 Jahren nicht ebensoviele Staaten atomare Massenvernichtungsmittel angeeignet haben.«⁶

Die Atommacht UdSSR hat sich bis heute in mindestens 4 Atommächte geteilt - Kasachstan, Rußland, die Ukraine und Weißrußland. Zu den offiziellen Atommächten hat sich nach '69 noch China hinzugesellt, daß - obwohl auch Unterzeichner des Sperrvertrages - Pakistan zur Bombentechnologie verhalf. Auch die USA sahen sich durch den Vertrag nicht gehindert, Israel zur unerklärten Atommacht zu machen, während Frankreich Indien unterstützte. Von Argentinien, Brasilien, Irak, Iran, Nordkorea und Südafrika weiß die Weltöffentlichkeit zumindest, daß sie ein geheimes Atomprogramm verfolgen oder verfolgt haben. Somit läßt sich sagen, daß der Vertrag nicht allzu viel gebracht hat. Ihm stand im Weg, daß der Verkauf der Atomtechnologie höchst profitabel war und die Topimperialisten ihre strategisch wichtigen Kettenhunde gerne mit der Bombe ausstatteten.

Friedliche Nutzung der Kernenergie?!

Daß die "zivile" Nutzung von Kernenergie (zur Energieversorgung) zum Besitz der Bombe führen mußte, wurde in der Öffentlichkeit zunächst nicht an die große Glocke gehangen. Heute wird das schon eher problematisiert: »Pflugscharen können zu Schwertern werden«, rutschte es dem US-Abrüstungsexperten Fred Iklé einmal aus dem Mund. Und in einer Studie zur Konferenz heißt es, daß die »Herstellung von Plutonium auch im zivilen Bereich eingestellt werden [muß], um die Menge verfügbaren atomwaffentauglichen Materials zu reduzieren.«⁷ Das ist aber nur die halbe Wahrheit. Streng genommen gibt es gar keine Atomkraftwerke, die zur Beschaffung von

⁶ aus 'TAZ' vom 19. April '95, S. 10

⁷ 'Frankfurter Rundschau' vom 19. April '95

Plutonium mißbraucht werden können, sondern nur **Atombombenfabriken**, deren Betreiber gar keinen anderen Zweck verfolgen, als an die Bombe zu gelangen.

Wenn z.B. Daimler-Benz Autos produziert, fällt als Nebenprodukt Abwärme an, die das Werk als Strom verkauft. Auch bei AKWs ist der Strom nur ein Nebenprodukt - das eigentliche Produkt ist Plutonium bzw. Uran, das man zum Bau von Atombomben benötigt.

»Wer ein AKW bauen kann, kann auch die Bombe bauen. Für die Herstellung von Atombomben sind entweder Plutonium 239 oder Uran 235 notwendig. Ersteres fällt bei sog. 'Schwerwasserreaktoren' als 'Atom Müll' an. Letzteres ist in der Natur in sehr geringem Umfang erhalten, fällt jedoch bei der 'Anreicherung' von natürlichem Uran an, wie sie zum Betrieb der sog. 'Leichtwasserreaktoren' vorgenommen wird.«⁸

Ein Reaktor vom Typ Biblis erzeugt jährlich etwa 200 kg Plutonium. Ungefähr fünf Kilogramm reichen aus, um damit eine Atombombe vom Typ Hiroshima herstellen zu können.

Das Plutonium muß aber nun aus den "verbrauchten" Brennstäben herausgelöst werden. Das ist die Aufgabe einer Wiederaufbereitungsanlage. Die Bezeichnung "Wiederaufbereitungsanlage" ist genauso irreführend wie der Titel "Kernkraftwerk". Die verbrauchten Brennelemente können nämlich nicht einfach wie Reifen runderneuert werden. Zwar kann man auch unverbrauchtes U-238 daraus gewinnen, aber das für den Betrieb im "Kraftwerk" wichtige U-235 ist fast vollständig aufgebraucht. Neue Brennstäbe kann man deshalb einfacher und billiger aus Natururan herstellen.

Warum hat Deutschland aber dann vor drei Jahren den Weiterbau an den Wiederaufbereitungsanlagen Kalkar und Wackersdorf eingestellt? Die Antwort ist einfach. Der Baustop erfolgte, als die BRD mit Frankreich einen Vertrag abgeschlossen hatte, dem zufolge der deutschen Atomindustrie 50% der Produktion der französischen Wiederaufbereitungsanlage Le Hague zustand.

Soll ein Land also die Atombombe gar nicht erst herstellen können, darf es auch nicht in den Besitz von AKWs geraten. Nun drohte Nordkorea als nuklearer Habenichtsch damit, den Vertrag zu verlassen. Mit der Genehmigung von modernen Leichtwasserreaktoren wurde es dann zum Bleiben überredet. Sein Besitz von Atomsprenstoff hängt jetzt aber nur noch davon ab, wieviel des importierten angereicherten Urans es trotz der Kontrollinstanzen beiseite schaffen kann. Diesen Weg des Abzweigens von Uran 235 ist Indien gegangen - das 1974 seine erste Atombombe zündete.

»Das Abzweigen von Uran 235 oder Plutonium 239 ist nicht weiter schwer, da mit einem Schwund von 2% gerechnet wird; auch 6% sind im Durchschnitt von 6 Jahren in den USA schon vorgekommen. Die amerikanische Atomkommission rechnet damit, daß bereits ein schwarzer Markt für Plutonium besteht, von dem 5 kg für die Herstellung einer Bombe von der Zerstörungskraft der Hiroshima-Bombe ausreichen.«⁹

Spätestens seit dem zweiten Golfkrieg weiß jeder, daß der Irak sein "ziviles" Atomprogramm zielstrebig dazu genutzt hatte, in den Besitz von Kernwaffen zu

⁸ H. Haenisch: "Um jeden Preis. Atompolitik in der BRD", Hannover 1977, S. 35

⁹ s.o. und vgl.: H. Strohm: "Friedlich in die Katastrophe", Hamburg 1977

kommen. Rußland ist gerade dabei, ein nukleares Milliardengeschäft mit dem Iran abzuwickeln. Das Plutonium aus den gelieferten Reaktoren wird den Mullahs natürlich die "islamische Bombe" bescheren.

Daß all diese Vorkommnisse keine ungewollten Zwischenfälle, sondern beabsichtigt waren, beweist Artikel 4 des Atomwaffensperrvertrages. Entgegen aller öffentlichen Bekenntnisse, mit dem Vertrag die Verbreitung spaltbaren Materials zu verhindern, wird hier ausdrücklich der »*weitestmögliche Austausch von Einrichtungen, Materialien sowie wissenschaftlicher und technischer Kenntnisse zur friedlichen Nutzung der Atomenergie*«¹⁰ gefordert.

Arbeitermacht, nicht Atommacht!

Wie stehen wir Sozialisten der Atombombe gegenüber? Was soll geschehen, wenn eine zukünftige Revolution in einem Land einen Arbeiterstaat errichtet und er vom internationalen Kapital und seinen Staaten mit der Bombe bedroht wird? Werden wir diese Bedrohung mit der Arbeiter-Atombombe beantworten?

Eigentlich sollte es klar sein, daß wir Sozialisten unter keinen Umständen auf Massenvernichtungsmittel zurückgreifen werden. Wir werden sie nicht einsetzen, und wir werden nicht mit ihnen drohen. Denn treffen können wir mit ihnen nur die Massen. Die Zuflucht in Bunker steht allein den millionenschweren Kapitalisten offen. Und die interessiert es herzlich wenig, wenn wir ihre Arbeiter als Geiseln nehmen, indem wir sie mit dem atomaren Holocaust bedrohen. In der sozialistischen Tradition ist diese Haltung Allgemeingut. So schrieb unsere Vorgängerorganisation, die Sozialistische Arbeitergruppe (SAG), bereits 1977:

»Die Atombombe hat eine Eigenschaft, die alle anderen Waffen nicht hatten: Sie bedroht nicht nur einzelne Gruppen von Menschen, sie bedroht die Menschheit selbst.

[...] Wir wollen die Gefahr eines allgemeinen Atomtods der Menschheit nicht vergrößern, sondern beseitigen.

Das ist nur durch den revolutionären Kampf aller unterdrückten und ausgebeuteten Klassen und Völker gemeinsam möglich. Der Kampf gegen den Atomtod ist dabei selbst eine der mächtigsten Waffen gegen den Imperialismus.

Diese Waffe wollen wir als Sozialisten benutzen, nicht sie aus der Hand legen. Deshalb ist die SAG gegen die Verbreitung von Atomwaffen durch die westdeutschen Konzerne. Deshalb sind wir gegen die 'chinesische' Atombombe, gegen die 'russische' und die 'amerikanische'. Deshalb sind wir der Meinung, daß auch ein wirklicher sozialistischer Arbeiterstaat, den es heute noch nirgends gibt, auf die Atomwaffe verzichten muß.«¹¹

Wir wollen die Köpfe unserer Kollegen mit unseren Ideen gewinnen und sie nicht mit der Atombombe zu Staub verwandeln. Unser Kampf ist der Kampf um die Arbeiterköpfe, unsere Strategie der revolutionäre Defaitismus. Wir rufen die Soldaten der gegnerischen Armeen, das sogenannte "proletarische Frontschwein", auf, ihre Gewehre gegen ihre eigenen Offiziere zu richten. Auf solche Ideen kommen die

¹⁰ zitiert nach: SAG-'Klassenkampf', Nr. 57, S. 15

¹¹ H. Haenisch: "Gegen die atomare Bedrohung", in: 'Sozialistische Arbeiterzeitung', Nr. 21, 13.04.1977

einfachen Soldaten teilweise auch von allein. Im Vietnam-Krieg z.B. warfen die amerikanischen Soldaten Granaten in die Offizierszelte, um endlich heimkehren zu können. Das taten sie allerdings, weil sie müde und frustriert waren. Wenn sie dazu noch von der Idee des Sozialismus' beseelt sind, werden sie mit Sicherheit die gleiche Kraft entwickeln, wie die deutschen Soldaten, die 1918 auf gleiche Weise den Ersten Weltkrieg beendet, ihren Kaiser davongejagt und Arbeiterräte gegründet haben.

»Für uns ist der Kampf gegen eine atomare Zukunft verbunden mit dem Kampf für den Sozialismus, für ein demokratisches System, in dem die Arbeiter den Wohlstand kontrollieren, den sie produzieren, in der Entscheidungen im Interesse der Gemeinschaft getroffen werden und nicht aus Profit- oder militärischen Gründen, in der Macht - ob elektrische oder politische - nicht in den Händen von einigen wenigen konzentriert ist, sondern in den Händen der Mehrheit - in der die Arbeiter die Macht ausüben.

Deshalb müssen wir zwischen Atommacht oder Arbeitermacht wählen. Beides ist miteinander nicht vereinbar.«¹²



¹² Mike Simons: "Workers' Power, not Nuclear Power", London 1980, S. 46

Gorleben:

Bürgerkriegsarmee für einen Ascheimer?

- Norbert Nelte - (Internationaler Sozialismus 6 - Juli/August 1995)



»Als ich neulich meinen Kohleofen sauber machte und den Ascheimer zum Mülleimer brachte, brauchte ich zum Schutz des Transportes mehrere Hundertschaften einer mit Knüppeln ausgerüsteten Bürgerkriegsarmee.«

So absurd wäre diese Erzählung gar nicht. Nur handelt es sich nicht um abgebrannte Kohle, sondern um abgebrannte Brennstäbe und nicht um einen Ofen, sondern um ein Kernkraftwerk.

Die abgebrannten Brennstäbe werden in das Zwischenlager nach Gorleben gebracht, eine überirdische Halle nach Plattenbauart.

420 Atombehälter sollen in den Lagerschuppen und in die Umgebung für Tausende von Jahren verstrahlen. Im Umkreis eines solchen Lagers ist die Krebsrate und Kindersterblichkeit weit höher als in der eines Kohleofens.

Dennoch will die Bundesregierung die Beschickung dieser Halle mit allen Mitteln durchziehen. Am 24 April schickte sie den 7. Castor-Behälter von Philippsburg in das Wendland durch brennende Straßenblockaden und Demonstrationen quer durch den Landkreis. Über 5 Millionen DM für Wasserwerfereinsätze und auf Trecker stürmende Polizisten ließ sie sich diese Einlagerung kosten. Die Bevölkerung in Lüchow-Danneberg will sich und ihre Kinder aber nicht zu Tode strahlen lassen - auch um jeden Preis, und

entwickelte einen Protest, der in dieser Größe und Radikalität lange nicht mehr in der BRD vorgekommen ist. Tausende belagerten die Zufahrtswege und am 13. Mai kamen mehr als 10.000 Menschen und über 300 Traktoren in Hannover zu der Protestdemonstration zusammen. Die 'Neue Züricher Zeitung' titelte schon: »*Deutschland im Aufruhr*«.

Der Protest war so breit, daß auch 33 SPD-Bundestagsabgeordnete eine Forderung nach Aussetzung der Beschickung unterschrieben haben. 18 aber davon nahmen ihre Unterschrift noch vor der Demonstration am 13.5. wieder zurück, weil, wie die niedersächsische SPD-Landtagsfraktion es formulierte, sie zwar »*an der Seite der Atomkraftgegner*« stehe, »*jedoch nicht an der Seite der Demonstrationsteilnehmer*.«

In der Tat gibt es einen grundsätzlichen Unterschied zwischen den Interessen der SPD und denen der Bevölkerung. Die Betroffenen wollen um keinen Preis irgendeine Strahlung auch mit einem noch so kleinem "Restrisiko" abbekommen, die Klassenversöhner der SPD wollen aber eine "Kompromißstrahlung" zulassen und, wie die Greenpeace-Aktivisten und niedersächsische SPD-Umweltministerin Monika Griefahn es bezeichnet, »*Gesprächsbereitschaft*« zeigen. (»*Wer Gesprächsbereitschaft und das Bemühen um eine Konsenslösung als Anbiedern und Einknicken geißelt, stellt sich selbst in die Schmollecke und kommt seinem Ziel keinen Schritt näher - im Gegenteil*« [taz, 13.5.95])

Wir stellen aber in Abrede, daß es überhaupt die Möglichkeit für einen Konsens geben wird und auf Grund der Erfahrungen mit den faulen Kompromissen der SPD haben dies auch die Massen im Wendland bereits begriffen. Für das BRD-Kapital steht nämlich mehr auf dem Spiel als nur ein strahlender Ascheimer. Wenn es nur darum ginge, würde sich sicher langfristig ein Kompromiß ergeben, wie der Ausstieg aus der Kernenergie organisiert wird. Aber darum geht es gar nicht.

Der eindeutigste Beweis dafür, daß es um etwas anderes als Energieablagerungen geht, liegt darin, daß die BRD 1993/4 eine 30% Überkapazität hatte. Der produzierte Strom wird gar nicht gebraucht. Von 90.600 Megawatt wurden nur 62.300 (lt. Spiegel Nr. 18) verbraucht (1987 = 71.000 zu 58.100). Die Kraftwerksbetreiber könnten also jederzeit alle Kernkraftwerke stilllegen, ohne daß auch nur ein Fernseher ausginge.

Dennoch hat die BRD mit Frankreich gemeinsam einen neuen Druckwasserreaktor geplant. Die Vorstände der Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) sind aber an einer Durchsetzung, geschweige denn an einem Ausbau des Atomprogramms "um jeden Preis" gar nicht mehr interessiert. Bayernwerk-Chef Majewski schreibt:

»*Unbeschadet unseres grundsätzlichen Realisierungswillens*«, könne »*in der derzeitigen Phase*« weder Sicherheits-Standard noch Wirtschaftlichkeit des geplanten Reaktors »*verbindlich beurteilt werden*.«

Preussen-Elektra-Chef Hans-Dieter Harig meint, daß der Vorteil der Atomkraft gegenüber »*anderen Energieträgern*« bedingt durch Endlagerprobleme und das »*ausstiegorientierte Genehmigungsverhalten*« einiger Aufsichtsbehörden »*dramatisch geschrumpft*« sei.

Wir Atomkraftgegner wiesen bereits in den 70er Jahren nach, daß ein Atomkraftwerk für den Bau und die Endlagerung mehr Strom benötigt, als es je produziert. Und viele AKW's wurden noch dazu weit vor dem geplanten Ende abgeschaltet. Das "friedliche Atomenergieprogramm" hat keinen anderen Sinn als ein Atombombenbauprogramm. Der Strom ist nur die Abwärme des Atombombenbaus. Die BRD durfte auf Grund des verlorenen Krieges selber keine Atombomben besitzen. Somit wurde es für das BRD-Kapital notwendig, verschleiert sich die Möglichkeit zu verschaffen, schnell mehrere Atombomben bauen zu können.

Franz-Josef Strauss, der selige Chef der CSU und skandalumwitterte Verteidigungsminister, brachte die Idee des Atomprogramms in den 50er Jahren aus den USA mit, wobei es klar war, daß es darum ging, mit dem Einverständnis der Verbündeten, aber heimlich vor dem Gegner im Osten, eine Atommacht zu werden.

So gesehen macht die "Verbissenheit" der Kohl-Adjudantin Angela Merkel Sinn. Sie vertritt das Interesse des BRD-Gesamtkapitals, nicht wie die Strombosse nur sich selber. Denen geht es nur um den Profit bei der Stromproduktion.

Nach dem Schengener Abkommen konnte man davon ausgehen, daß die europäische Vereinigung und die Verschmelzung des europäischen Kapitals wahrscheinlich klappen wird. Die separate deutsche Atombombe war nicht mehr so notwendig. Eine Woche später schlossen Frankreich und die BRD einen Vertrag, in dem der BRD eine 45%ige Nutzung der französischen Wiederaufarbeitungsanlage "La Hague" zugesichert wurde. Wiederum eine Woche später wurde der Bau der deutschen Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf und der "Schnelle Brüter" in Kalkar gestoppt.

Nach dem Zusammenbruch des staatskapitalistischen Blocks und damit der bipolaren Welt brachen die Widersprüche des Imperialismus in der ganzen Welt offen aus und die Monopole mußten sich verstärkt als "Friedens"-Engel einsetzen. Die USA forderte immer stärker von seinen Verbündeten eine Beteiligung, angefangen im 2. Golfkrieg und erweitert im Balkan-Krieg.



Die BRD mußte, wollte es eine Spitzenrolle im Imperialismus mitspielen, auch zu einer starken Militärmacht werden. Kohl hat bereits wegen der Naziverbrechen Krokodilstränen vergossen und einige Bauernopfer in Form weniger Stiefel-Nazis gebracht, um von der "Weltgemeinschaft" des großen Geldes anerkannt zu werden. Nun muß er die nächste Tat vollbringen. Um eine wichtige imperialistische Militärnation zu sein, braucht es auch Atombomben.

Wenn Europa nun eine wichtige militärische Macht werden muß, dann wird es aber auch für die BRD wichtig, will sie die Vormachtstellung zusammen mit Frankreich behalten, die Atombombe zu besitzen und ihren Teil für die militärische Macht Europas beizutragen.

So macht die aggressive Wiederbelebung des Atomprogrammes einen Sinn. Dafür mußte der moderate, sich tatsächlich müde um die Umwelt kümmernde Klaus Töpfer gehen. Die sich blöd stellende Merkel wurde geholt. Sie weiß ganz genau, was sie will und äußerte auch »Zufriedenheit« über die Einlagerung des Castors. Sie betont einerseits, daß sie noch viel lernen muß, und die Menschen glauben ihr das und nennen sie "Merkelnix".



Doch sie zieht das Atomprogramm mit Entschlossenheit durch und
»findet das Zersägen der Brennstäbe und die Wiederverwendung des Plutoniums für neue sogenannte MOX-Brennelemente nach wie vor besser als derlei "Wertstoffe" im Gorlebener Salz zu verbuddeln.« (Spiegel Nr. 18/95, S. 21)

Es geht also nicht um Asche, sondern um "Wertstoffe", den Stoff, aus dem die Atombombe gemacht wird. Die "Asche" ist eigentlich ein "Wertstoff", und das vorgegaukelte Ziel, der Strom, ist nur das Abfallprodukt. Die BRD hofft, das Atombombenprogramm neu, ohne großen Widerstand, beleben zu können, weil die Linke inzwischen sich in einem Verwesungsprozeß so gut wie aufgelöst hat. Sie hat aber die Rechnung ohne die Basis gemacht. Entsprechend der abwesenden Ex-Linken hat die Bevölkerung sich beteiligt, ihr Anteil war viel höher als in den früheren Demonstrationen.

Die Linken waren heute eher unverbindlichere Gäste. Die Ortsansässigen entwickelten eine Radikalität, die man früher von dem harten Kern kannte. Noch aber beklatschen sie die Antworten, die im Rahmen des bürgerlichen Parlaments liegen, für eine Entschlossenheit, daß Schröder bitte den "Arsch" hochkriegen solle oder eine kluge Bündnispolitik usw.

Wenn das Interesse des BRD-Kapitals aber die Atombombe ist, so wird sie dies in jedem Fall durchsetzen, es geht für sie um Sein oder Nichtsein, ein wichtiges imperialistisches Land oder nur ein Ländchen am Rande der kapitalistischen "Weltgemeinschaft". Innerhalb des kapitalistischen Systems wird es keinen Verzicht auf das Atomprogramm geben und die Kraft der außerbetrieblichen Bewegung zur Verhinderung dieses Programmes wird nicht ausreichen. Die gesamte deutsche Arbeiterklasse muß die Machtfrage über einen Generalstreik stellen, will sie das Programm stoppen.

Dies wird die örtliche Bewegung noch schmerzlich erfahren müssen. Wir möchten alle unsere Mitglieder und Leser aufrufen, bei der nächsten Castor-Lieferung den Kampf der Wendländer zu unterstützen. Wir Atomgegner werden unseren Kampf aber letztlich nur gewinnen, wenn wir die Kapitallogik überwinden und die Arbeiterklasse als entscheidenden Faktor zum Sieg einkalkulieren werden - der Kampf um Gorleben muß weiter in die Betriebe getragen werden. Dann wird jeder Sieg möglich - Arbeitermacht statt Atommacht.



Vorbereitungen für den Tag X² in Gorleben

Der zweite Castortransport dieses Jahres wird für den Oktober erwartet. Schon liegt den Behörden eine Genehmigung für den Transport von hoch radioaktiven Brennelementen aus dem AKW Grundremmingen vor. Doch neben Protesten aus der Bevölkerung wird dem Transport am Tag X² ein weiterer Stein in den Weg gelegt: Die Weigerung der niedersächsischen Polizei Castortransporte zu begleiten.

- Francis Byrne - (Internationaler Sozialismus 7 - September 1995)

Den sowieso schon sehr aufwendigen Transporten von Atom"müll" in Castorbehältern ist durch ein Gutachten des Marburger Nuklearmediziners Kuni eine weitere Hürde gesetzt worden. Kuni hat die Berechnungen für die Strahlenintensität von Castortransporten auf den neuesten Stand der Wissenschaft gebracht und festgestellt, daß die früheren Berechnungen und Werte schon seit Jahren nicht mehr dem Stand der Technik entsprechen. Heutzutage gelten Neutronenstrahlen als 30 mal stärker und somit auch 30 mal gesundheitsgefährlicher als noch vor Jahren. Bei einem Aufenthalt von nur 6 Stunden in einem Abstand von 2 Metern des Castors ist man einer Strahlenbelastung ausgesetzt, die der eines AKW-Arbeiters in einem Jahr gleichkommt. Den Castor begleitende Polizisten aber auch Rangier- und Transportpersonal der Bundesbahn müßten bei diesen hohen Werten der bundesdeutschen Strahlenschutzverordnung, die Schutzkleidung und regelmäßige Gesundheitsüberprüfungen etc. vorschreibt, unterstellt werden.

Aus diesen Tatsachen hat der niedersächsische Innenminister Glogowski die Konsequenzen gezogen und verkündet, daß niedersächsische Polizeibeamte bis zur endgültigen Klärung der Gesundheitsgefahr keine weiteren Castortransporte begleitend schützen werden. Dieser Begleitschutz war notwendig geworden, da die Proteste gegen den Transport von Atommüll bundesweit und besonders im Wendland immer mehr zunahmten und von Demonstranten immer militanter versucht wurde, die Zwischenlagerung im wendischen Gorleben zu verhindern.

Die massiven Polizeieinsätze der Vergangenheit werfen die Frage auf, warum zu entsorgender Müll unter so hohem finanziellem und technischem Aufwand und unter solch gesundheitsgefährdenden Bedingungen gegen den Willen der Bevölkerung durchgeboxt wird.

Tatsache ist, daß es noch kein Endlager auf bundesdeutschem Gebiet gibt, was die aufwendige und kostenintensive Hin- und Herschieberei von Atommüll notwendig macht. So überreizt dieser Atommüllnotstand die Sicherheitsbestimmungen in den verschiedenen Atomkraftwerken. Die AKW-eigenen Kühlbecken sind z.B. für eine Abkühlzeit von ca. 12 Monaten konzipiert worden. Mittlerweile müssen aber jährlich rund 500 Tonnen abgebrannte Brennelemente irgendwo untergebracht werden, so daß die Bestimmungen für die kraftwerksinterne Zwischenlagerung auf 7 Jahre verlängert wurden, bei einer gleichzeitig höheren Lagerungsdichte. Es dürfen nun also mehr Brennelemente dichter und für einen viel längeren Zeitraum dort gelagert werden.

Schaut man sich die Fakten an, fragt man sich überhaupt nach dem Sinn für die augenscheinlich konsequent gegen jede Vernunft betriebene Atompolitik der BRD: Atomkraftwerke verschlingen in der Bauphase und später während des Betriebes viel mehr Strom, als sie je produzieren können. Trotz einer Überkapazität von rund 30 Prozent argumentieren die Stromversorger immer noch mit einer nichtexistenten Stromknappheit. Auch die Wiederaufbereitung als Lösung des Atommüllproblems ist

eine simple Lüge, wenn man bedenkt, daß die Wiederaufbereitung von Brennelementen noch mehr überflüssigen Strom produzieren und den Umfang des Atommülls verdreißigfachen würde.

Liest man auch nur ein wenig zwischen den Zeilen, wird das Ziel der neuerdings wieder aggressiv betriebenen Atompolitik der Bundesregierung deutlich. So ermahnte die Wiener Internationale Atombehörde (IAEO) kürzlich die Technische Universität München, doch bei ihrem geplanten "Forschungs"reaktor Garching II auf den Betrieb mit hochangereichertem Waffenuuran zu verzichten, was jedoch auf keinerlei Resonanz stieß ('taz', 11.8.1995). Wenn die Logik der Bourgeoisie richtig wäre, Gorleben sei notwendig, um die abgebrannten Brennstäbe der vorhandenen AKW's zu entsorgen, bis ein Endlager gebaut ist, dann würde das im Bau befindliche Zwischenlager in Greifswald nicht zu erklären sein. In Greifswald ist ein Zwischenlager 10 mal so groß wie in Gorleben geplant. Warum sollen also Tausende Castorbehälter überirdisch zur Verfügung gehalten werden, wenn man sie eh unterirdisch einlagern wollte? Doch nur deshalb, weil, wie Merkel selbst zugab, sie die "Wertstoffe" nicht verbuddeln wolle. Was für "Wertstoffe"? Genutzt werden können abgebrannte Brennstäbe nach ihrer Abkühlung nur für militärische Zwecke.¹³

Für den Bau und die Weiterentwicklung der europäischen Atombombe macht der ganze Aufwand und die unnachgiebige Haltung der Bundesregierung Sinn. Betrachtet man die Absprachen und Verträge zwischen Frankreich und Deutschland über die Nuklearaufbereitung im französischen La Hague, über die gemeinsame Forschung und den gemeinsam geplanten Druckwasserreaktor, muß man zu dem Schluß kommen, daß es sich bei den Atomsprengversuchen in Mururoa nicht nur um Tests für die französische, sondern auch um Tests für die europäische und damit auch die deutsche Atombombe handelt.

Nach dem Zusammenbruch des staatskapitalistischen Ostblocks hatten viele Menschen - auch weite Teile der Linken - die Illusion, daß der Kapitalismus unter Kontrolle der UNO eine ernsthafte Perspektive bietet. Wie jetzt aber schon im Balkankrieg und im wieder stärker betriebenen Atomprogramm deutlich wird, ist aus der bipolaren Welt, in welcher sich zwei Superblöcke gegenüberstanden, wieder eine multipolare Welt geworden, in der sich die verschiedensten Länder wieder einen großen Teil des aufzuteilenden Welt-Kuchens letztlich auch mit militärischen Mitteln sichern wollen. Im Balkan streiten sich verschiedene kapitalistische Länder um Einflußnahme auf die dortigen Machthaber, und im Bereich der atomaren Rüstung wollen jetzt auch wieder die verschiedensten Länder die Nase vorn haben. Der Imperialismus ist nach wie vor in vollem Gange und Deutschland steckt mitten drin.

Auf ihrem Weg zur imperialistischen Atommacht stößt die deutsche Bourgeoisie aber schon im eigenen Lager auf Widerstand, wie man an den Diskussionen um die Polizeieinsätze sehen kann. Weiteren Widerstand bieten ihnen Initiativen, Gruppen und Einzelpersonen, die beim letzten Transport eine zehntausendstarke Gegenmacht darstellten. Auch beim kommenden Castortransport, mit dem im Oktober gerechnet wird, muß der Druck wieder von der Straße kommen, denn nur durch massenhafte und militante Proteste werden wir den Politikern einen dicken Strich durch ihre Rechnung machen können.

Arbeitermacht statt Atommacht!

¹³ Die abgebrannten Brennstäbe können zwar noch in einem "Schnellen Brüter" benutzt werden, dessen Produktion aber wiederum nur für Atomwaffen taugt.